

Dringliche Anfrage (§ 68 GeoLT)

eingbracht am 13.03.2025, 14:34:38

Landtagsabgeordnete(r): Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAbg. Jochen Bocksrucker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag. (FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)

Fraktion(en): SPÖ

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann Mario Kunasek

Betreff:

Den Standort Steiermark energiepolitisch absichern

Eine sichere, leistbare und nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage für soziale Stabilität und wirtschaftliches Wachstum in unserem Land. Die Energie Steiermark AG nimmt damit eine Schlüsselrolle für eine zukunftsorientierte Standortpolitik in der Steiermark ein. Als weiß-grüner Leitbetrieb im 100 % igen Eigentum des Landes muss sie eine wettbewerbsfähige Deckung der erwartbaren steigenden industriellen Energienachfrage im Zuge der Energiewende sicherstellen und eine leistbare Versorgung von Strom und Wärme für Haushalte und Unternehmen anbieten.

Die Energiekosten belasten schon heute die steirischen Haushalte und Unternehmen. Im heurigen Jahr werden erneut steigende Energiepreise erwartet. Die Strompreisbremse ist Ende letzten Jahres ausgelaufen, zudem werden die Stromnetzentgelte für das heurige Jahr laut E-Control in der Steiermark um knapp 30 % steigen ([Pressemeldung 16.12.2024 E-Control](#)). Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass diese Entwicklung, bedingt durch den notwendigen Netzausbau im Rahmen der Energiewende, auch in den kommenden Jahren anhalten wird.

Die steigenden Energiekosten zeigen sich bereits im Anstieg der Inflation für den Jänner und Februar des heurigen Jahres. Die Statistik Austria bestätigt, dass die auslaufenden Strompreisunterstützungen die Inflation um zusätzliche 0,8 Prozentpunkte anstiegen ließ. ([orf.at Inflation schnellte im Jänner auf 3,2 Prozent](#))

Zu den steigenden Energiekosten kommen die geopolitischen Herausforderungen der letzten Jahre, die nicht zuletzt die internationalen Energiesysteme massiv belastet haben, sowie eine wirtschaftliche Rezession, die unseren Industriestandort bedroht hinzu. Der produzierende Sektor in der Steiermark beschäftigt über 120.000 Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, alleine in der energieintensiven Industrie sind es 32.000. Diese Arbeitsplätze standortpolitisch abzusichern, ist eine Kernaufgabe der steirischen Landesregierung. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine wettbewerbsfähige, leistbare und nachhaltige Energieversorgung.

Vor diesem Hintergrund ist die Verwendung der Dividendenauszahlungen der Energie Steiermark AG an das Land kritisch zu sehen. Als Unternehmen im 100%igen Eigentum des Landes dürfen Millionengewinne nicht in das allgemeine Budget einfließen, sondern sollen zielgerichtet den Standort Steiermark energiepolitisch absichern. Alleine für das Jahr 2024 werden 70 Mio. EUR an Dividende erwartet.

Neben einer Abfederung der hohen Energiepreise, braucht es eine eng abgestimmte Energie- und Standortpolitik des Landes mit dem Landesenergieversorger und der Industrie. Gemeinsam mit der Industriellenvereinigung Steiermark hat die Energie Steiermark AG im letzten Jahr federführend einen Masterplan Grüne Energie 2040 erstellt ([Masterplan Grüne Energie 2040](#)).

Darin wird unter anderem auf die Notwendigkeit einer substanziellen Ausweitung der Vorrangzonen für Windkraft und Photovoltaikanlagen hingewiesen, die Anschubfinanzierung für den Aufbau eines Wasserstoffnetzes angeregt sowie die verfahrensrechtliche Verankerung des „überwiegend öffentlichen Interesses“ für Energieinfrastrukturen, Speicher und Erzeugungsanlagen gefordert.

In den sieben Leitprojekten der Landesregierung, die sie per Brief an die Bundesregierung adressiert hat, finden sich keine dieser wichtigen Zukunftsaufgaben. Es wird lediglich die Wiedereinführung der Strompreiskompensation durch den Bund gefordert, die vor allem energieintensiven Unternehmen zu Gute kommt, ohne erkennbare Ambition, selbst tätig zu werden. Im Regierungsprogramm „Starke Steiermark. Sichere Zukunft.“ sind eine Reihe von Überschriften zu lesen, deren Umsetzungsschritte unklar bleiben. Anstelle einer substanziellen Ausweitung der Vorrangzonen für erneuerbare Energien wird davon gesprochen, die bisherigen Sachprogramme zu nutzen, wobei ein zusätzlicher Energieumsatz durch Windkraft von 400 MW bis 2030 angepeilt wird.

Derzeit werden über Windkraftanlagen in der Steiermark knapp über 300 MW produziert. Durch die Zielsetzung im Regierungsprogramm (+ 400 MW) entsteht eine Lücke von weiteren 300 MW, wenn man die Ziele der eigenen Klima- und Energiestrategie 2030+ (1000 MW) des Landes erfüllen will.

Der PV-Ausbau soll laut dem Regierungsübereinkommen über eine Forcierung des Ausbaus auf bebauten Flächen, der Nutzung der bereits überörtlich gewidmeten Freiflächen laut dem Entwicklungsprogramm zum Sachbereich Erneuerbare Energie sowie der Ausweisung von Sonderstandorten bewerkstelligt werden. In der Studie „Grünes Herz“ aus dem Jahr 2023 wurden die notwendigen Kapazitäten von Sonnenstrom in der Steiermark bis 2030 mit 2,9 TWh angegeben. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es weitere überörtliche Festlegungen sowie eine weitere Mobilisierung von bereits versiegelten Flächen brauchen, die über die Festlegungen im Regierungsprogramm hinausgehen.

Aber nicht nur die standortpolitischen wichtigen Weichenstellungen scheinen derzeit unberührt. Während andernorts bereits Maßnahmen aufgrund des Auslaufens der Strompreisbremse ergriffen werden, zeigt sich die Landesregierung ambitionslos. Die Linz AG ist gemeinsam mit der Stadt Linz bereits zu Beginn des Jahres tätig geworden und hat eine eigene Strompreisbremse für einkommensschwache Haushalte umgesetzt ([Freiwillige Strompreisbremse Linz AG](#)). Die Wien Energie wird ab Mitte März 130.000 Haushalte mit einem „Ausgleichsbonus“ entlasten, um die steigenden Kosten abzufedern ([ORF Wien: Neuer Energiekosten-Bonus für 130.000 Wiener](#)).

Das Burgenland ist aufgrund des forcierten Ausbaus erneuerbarer Energie in der Lage, eine Bürgerenergiegemeinschaft umzusetzen und damit auf Jahre einen kostengünstigen Strompreis zu garantieren. Voraussetzung eines solchen Modells in der Steiermark wäre ein ambitionierter Ausbau der Erneuerbaren.

Um die Akzeptanz für erneuerbare Energieerzeugungsanlagen in der lokalen Bevölkerung zu steigern, können Energiegemeinschaften in der Steiermark eine wichtige Rolle spielen. Der Landesenergieversorger kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und geeignete Anlagen in Energiegemeinschaften einbringen.

Für die Steiermark ist nicht nur die leistbare und sichere Versorgung von Strom essentiell, sondern besonders als Industrieland auch die langfristig leistbare Gasversorgung. Durch die Einstellung des Gastransits durch die Ukraine zu Beginn des Jahres, muss die Versorgung über andere, insbesondere auch erneuerbare Quellen sichergestellt werden. Hierzu braucht es eine ambitionierte Wasserstoffstrategie sowie eine konsequente Nutzung von Grüngas als Zukunftsträger. Neben der Bereitstellung erneuerbaren Gases, gilt es auch die Leistbarkeit im Auge zu halten: Auch hier zeigen andere Länder wie das Burgenland vor, dass ein Wärmepreisdeckel die Leistbarkeit sicherstellen kann.

In der Steiermark wird die Fernwärme bis auf das Grazer Fernwärmenetz nicht preisreguliert und unterliegt damit den schwankenden Preisen für die Erzeugung.

In der Frage einer sicheren, nachhaltigen und leistbaren Energieversorgung treffen sich die Themen des Sozialen mit dem Wirtschaftlichen.

Es wird daher folgende

Dringliche Anfrage

gestellt:

1. Welche Maßnahmen werden seitens der Steiermärkischen Landesregierung ergriffen, um die zu erwartenden steigenden Strompreise für die steirischen Haushalte im heurigen Jahr abzufedern?
2. Sind Sie als Eigentümerversorger bereit, gemeinsam mit dem Vorstand der Energie Steiermark AG einen kostengünstigen „Steiermark-Tarif“ umzusetzen, um das Auslaufen der Strompreisbremse für die Kundinnen und Kunden des Unternehmens zu kompensieren?
3. Werden Sie sich dafür einsetzen, eine Zweckwidmung der Dividendenauszahlungen für energiepolitische Vorhaben wie eine stabile Preisgestaltung umzusetzen, um den Standort Steiermark abzusichern?
4. Bekennen Sie sich zum 100 %igen Eigentum des Landes an der Energie Steiermark AG als wichtiges Asset des Landes zur Umsetzung von energie- und standortpolitischen Maßnahmen?
5. Welche Projekte für den Ausbau erneuerbarer Energie sind seitens der Energie Steiermark AG im heurigen Jahr geplant?
6. Sind Sie dafür, gemeinsam mit dem Vorstand der Energie Steiermark AG Modelle zu entwickeln, um diese Anlagen in Energiegemeinschaften einzubringen und der lokalen Bevölkerung Preisersparnisse zu ermöglichen?
7. Wie sehen Sie als Eigentümerversorger der Energie Steiermark die divergierenden Ausbauziele zur Windkraft aus Ihrem Regierungsprogramm mit dem Masterplan Grüne Energie 2040 der Energie Steiermark AG?
8. Wie soll aus Ihrer Sicht als Eigentümerversorger der Energie Steiermark AG die Lücke beim Ausbau der Windkraft auf die Ziele des Masterplans und der eigenen Klima- und Energiestrategie 2030+ geschlossen werden?
9. Welche Voraussetzungen müssen aus Ihrer Sicht seitens der Landesregierung geschaffen werden, um die PV-Ausbauziele bis 2030 gemäß der Klima- und Energiestrategie 2030+ und dem Masterplan Grüne Energie 2040 zu erreichen?
10. Wieviel Hektar sollen für die Erzeugung von PV-Strom über Sonderstandorte, wie sie in Ihrem Regierungsprogramm verankert sind, für die Steirische Industrie gewidmet werden?
11. Bis wann ist mit einer Ausweisung dieser Sonderstandorte für die Steirische Industrie zu rechnen?
12. Worin besteht der „Einsatz für den Ausbau von und die Anbindung an internationale Wasserstoffinfrastruktur beziehungsweise -produktion“ der Steiermärkischen Landesregierung, den Sie im Regierungsprogramm angekündigt haben?
13. Welche Vorsorge in der Einkaufsstrategie von Gas trifft die Energie Steiermark AG für eine sichere und leistbare Energieversorgung der steirischen Haushalte und der steirischen Industrie?
14. Wie wirkt sich der Stopp des Gas-Transits durch die Ukraine seit dem Jahreswechsel auf die Einkaufsstrategie der Energie Steiermark AG aus?
15. Setzen Sie sich als Preisbehörde für das Grazer Fernwärmenetz dafür ein, die Preise für die Fernwärme im nächsten Winter leistbar zu gestalten?
16. Setzen Sie sich bei der Bundesregierung dafür ein, auch die Preise anderer Fernwärmenetze in der Steiermark zu regulieren, um die Leistbarkeit sicherzustellen?

Unterschrift(en):

Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAbg. Jochen Bocksruker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Johannes Schwarz (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)